

II-727 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode



BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT, KUNST UND SPORT

Zl. 10.000/91-Parl/90

Wien, 7. Februar 1991

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER

Parlament
1017 Wien

179 IAB

1991 -02- 12

zu 130 IJ

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 130/J-NR/90, betreffend Definitivstellung von AHS-Lehrern in Oberösterreich, die die Abgeordneten Mag. Karin PRAXMARER und Genossen am 12. Dezember 1990 an meine Amtsvorgängerin Dr. Hilde HAWLICEK richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1. und 2.

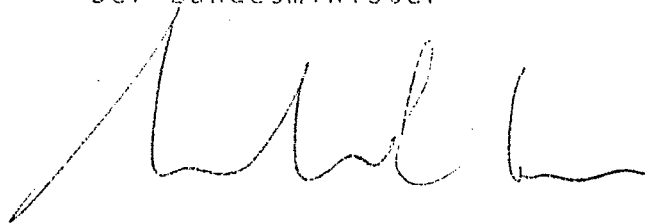
Allgemein wird festgestellt, daß ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis durch Ernennung (d.i. die bescheidmäßige Verleihung einer Planstelle) begründet wird. Im Stellenplan dürfen Planstellen nur für Beamte in der Art und Anzahl vorgesehen werden, die zur Bewältigung der Aufgaben des Bundes zwingend notwendig sind. Sofern daher an einer Schule keine ausreichende Beschäftigungsmöglichkeit auf Dauer gegeben ist, kommt die Verleihung einer Planstelle nicht in Betracht. Die Definitivstellung ist ex lege durchzuführen, sofern die in den §§ 11 und 12 Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 angeführten Voraussetzungen gegeben sind.

Es sind keine Fälle bekannt, in denen nicht gesetzeskonform vorgegangen wurde.

- 2 -

Im vorliegenden Fall handelt es sich um einen oberösterreichischen Lehrer, der die Unterrichtsgegenstände Französisch (16 Wochenstunden), EDV (4 Wochenstunden) und Informatik (2 Wochenstunden) unterrichtet. Es wird derzeit beim Landesschulrat für Oberösterreich geprüft, ob nicht doch die Vollbeschäftigung auf Dauer gesichert - dies wurde vom Landesschulrat für Oberösterreich bisher nicht angenommen, da es sich um eine äußerst kleine Schule handelt - und eine Aufnahme in das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis möglich ist.

Der Bundesminister

A handwritten signature in black ink, consisting of a series of loops and a long horizontal stroke at the end.